

borderline-europe, Sizilien

SCIROCCO

Kurzinfo aus Italien



Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinfo erscheint seit März 2021 in einem ca. zweiwöchentlichen Rhythmus.

Politische und soziale Situation

Urteil zum Schiffunglück vor Cutro

Ein Jahr nach dem fürchterlichen Schiffunglück am 26. Februar 2023 bei Cutro (Kalabrien), bei dem mindestens 94 Personen ertrunken sind, wurde ein **Urteil** wegen „Beihilfe zur illegalen Einwanderung, schuldhafter Schiffbruch und Tod infolge einer anderen Straftat zur Last“ gesprochen. **Gun Ufuk**, ein 29-jähriger türkischer Staatsbürger, der beschuldigt wird, einer der Schmuggler des betroffenen Schiffs zu sein, wurde zu zwanzig Jahre Haft und einer Geldstrafe in Höhe von drei Millionen Euro verurteilt. Zudem wurden **Entschädigungszahlungen** an einige Zivilparteien festgelegt.



Am Strand von Cutro nach dem Unglück 2023

Diese richten sich an die Angehörigen der Opfer, das Innenministerium und die Region Kalabrien. Gun Ufuk ist der Einzige der vier mutmaßlichen Bootsführer*innen, der das **verkürzte Verfahren** gewählt hat. Sein Anwalt wird Berufung einlegen. Für die anderen laufen ordentliche Verfahren. Zudem läuft noch ein **zweites Verfahren gegen die italienischen Behörden** wegen der Nichtrettung, obwohl sie über das Boot und die gefährliche Situation durch das schlechte Wetter informiert waren.

Das italienische Kassationsgericht richtete sich mit einer Anfrage an den Europäischen Gerichtshof, die

Rechtmäßigkeit des Dekrets und späteren Gesetzes Nr. 50 zu überprüfen. Das Dekret wurde im März 2023 als Reaktion auf das Schiffunglück verabschiedet, doch statt Betroffene zu schützen trug das es zur weiteren Kriminalisierung von Flucht und Migration dabei. Grund für Anfrage an den Europäischen Gerichtshof seien **Zweifel**, ob die Zahlung einer Kautions in der Höhe von 5.000€ für die Freilassung aus einer ‚Haftanstalt‘ mit europäischem Recht vereinbar sei. Der Fall war durch die Entscheidung der **Richterin Iolanda Apostolico** ausgelöst worden, die als erste Richterin in Catania das von der Regierung von Giorgia Meloni erlassene Dekret und spätere Gesetz missbilligte, weitere Richter*innen folgten ihrem Urteil. Bis zur Entscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Union wurden die laufenden zehn Haftverfahren gegen Migrant*innen auf der Grundlage des sog. ‚Cutro-Dekrets‘ per einstweilige Verfügung ausgesetzt, erklärte die Anwältin **Rosa Maria Lo Faro** gegenüber der Presseagentur AGI.

„Mattei-Plan für Afrika“

Wie wir in den **vorherigen Ausgaben** dieses Newsletters berichtet haben, arbeitet die italienische Regierung an dem sog. „**Mattei-Plan für Afrika**“. Dieser weist deutliche **neokoloniale Strukturen** auf, die sich nicht nur in dem kolonialen Ursprung seines Namens widerspiegeln. Ein Zusammenschluss von 82 afrikanischen Zivilorganisationen argumentiert in einem **offenen Brief** an den Präsidenten der Republik, Premierministerin Meloni und Außenminister Tajani, dass die Stimmen und Bedürfnisse von Afrikaner*innen im Mattei-Plan nicht berücksichtigt werden, und dass dies eine Fortsetzung historischer Muster ist, bei denen Entscheidungen, die Afrika betreffen, ohne Afrika getroffen werden. Sie warnen außerdem davor, dass die Benennung des Plans nach Enrico Mattei – dem Mitgründer des italienischen staatlich kontrolliertem Öl- und Gaskonzerns ENI – zweifellos darauf hinweist, dass das Hauptziel des Plans darin bestehe, Italiens Zugang zu fossilem Gas von Afrika nach Europa zu erweitern und die Rolle italienischer Unternehmen bei der Ausbeutung der natürlichen und menschlichen Ressourcen Afrikas zu stärken. Die Organisationen fordern daher **das Ende der neokolonialen Ansätze der europäischen Länder;**

Transparenz, Beteiligung und Einbeziehung der afrikanischen Zivilgesellschaft in den Plan; ein Ende jeglicher Abkommen, die eine Ausweitung der Gasförderung und der Infrastruktur in Afrika durch Italien und andere europäische Länder vorsehen; Zugang zu Energie und eine Energiewende im Einklang mit der Abschlusserklärung der COP28; die Förderung der Agrarökologie und der Ernährungssouveränität für die Selbstversorgung und die Rechte der Bauern sowie einen integrierten Ansatz für Klima-, Energie- und Entwicklungsfragen in Afrika zum Nutzen der Menschen und Gemeinschaften. Auch der Präsident der Kommission der Afrikanischen Union, der [Tschader Moussa Faki Mahamat](#), kritisierte den „Mattei-Plan“ auf dem jüngsten Gipfeltreffen im Senat. Er wandte sich an mit den folgenden Worten an die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni: „Frau Präsidentin, **wir hätten uns gewünscht, zum Mattei-Plan konsultiert zu werden.** Afrika ist bereit, über die Konturen und Modalitäten der Umsetzung zu diskutieren. Es ist notwendig, den Worten Taten folgen zu lassen, denn wir geben uns nicht mit Versprechungen zufrieden, die dann nicht eingehalten werden. (...) Unsere Prioritäten ergeben sich aus den vielfältigen Herausforderungen, vor denen unser Kontinent steht, und den Hindernissen, die ihrer Verwirklichung im Wege stehen, von der Verschuldung über den Klimawandel, die Zunahme von gewalttätigem Extremismus und Terrorismus bis hin zu institutioneller Instabilität und dem Mangel an angemessener Finanzierung.“ Zur Blockade der Bewegungen der Migration, dem Hauptproblem Italiens, äußerte er sich ebenso: „Italien ist der Hauptankunftsort der Migrationsströme und die Auswanderung junger Menschen in voller Stärke ist ein Drama für Afrika, das durch die Schaffung eines neuen Entwicklungsmodells und nicht durch Sicherheitsbarrieren und Feindseligkeit auf europäischer Seite gelöst werden kann. Wir teilen das Anliegen, eine nachhaltige Lösung für ein tragisches und immer wiederkehrendes Phänomen zu finden. Für uns besteht die Strategie zur Verhinderung von Abwanderung darin, Gebiete der Armut in einen Raum des Wohlstands und der Entfaltung zu verwandeln. (...) Afrika will nicht die Hand aufhalten, wir sind keine Bittsteller. **Wir plädieren für einen Paradigmenwechsel hin zu einer**

neuen Partnerschaft, die den Weg für eine gerechtere Welt ebnen kann, wenn wir Frieden und Wohlstand schaffen wollen.“



Viale Pretoria, Foto aus der [Tageszeitung Roma Today](#), Luca Laurenti

Accoglienza – Die Unterbringung

Die Zeltsiedlung in der [Viale Pretoriano in Rom](#) ist ein Symbol der **schlechten Zustände des italienischen Aufnahmesystems**. Der humanitäre Notstand gibt Anlass zu besonderer Besorgnis und Empörung, insbesondere im Hinblick auf die letzten Räumungsversuche durch die italienischen Ordnungsbehörden. Viele der dort lebenden Migrant*innen flohen aus den außerordentlichen Aufnahmezentren (CAS) im Süden Italiens und haben große Schwierigkeiten, in Italien Schutz und Stabilität zu finden. Nach Ansicht von [Paolo Ciani](#) von der Organisation Demos tragen die politischen Entscheidungen der Migrations- und Aufnahmepolitik der derzeitigen Regierung sowie die immer schwieriger werdende Regularisierung zur Verschlechterung der Situation in Rom und an anderen Orten in Italien bei. Das **Fehlen struktureller Lösungen** und das Fehlen wirksamer internationaler Abkommen erschweren die soziale und berufliche Wiedereingliederung von Migrant*innen zunehmend und lassen sie in der **Schwebe der Illegalität und Unsicherheit** zurück. Ähnlich argumentierte auch Nella Converti (PD), Vorsitzende der Kommission für Sozialpolitik.

Humanitäre Korridore

Italien hat das [Protokoll für humanitäre Korridore](#) mit der Comunità di Sant'Egidio, la Federazione delle Chiese Evangeliche e la Tavola Valdese erneuert. Ziel der humanitären Korridore ist die Unterstützung derjenigen, die vor Krieg, Diskriminierung und

Klimakatastrophen fliehen. Seit 2015 konnten fast 6.000 Menschen auf diese Weise in Italien einreisen und erhielten einen Status als Geflüchtete, v.a. aus dem Nordlibanon. Das Projekt INSPIRE der Universität Genova unter der Leitung von Ervis Martani hat sich in einer Analyse mit der **kritischen Begutachtung** der humanitären Korridore beschäftigt.

Bilaterales Abkommen mit Gambia

Ende Januar hat die Viminale einem neuen [bilateralen Migrationsabkommen mit Gambia](#) zugestimmt. Das neue **Memorandum** wurde am 4. Dezember 2023 in Rom und am 5. Januar 2024 in Banjul von den jeweiligen Innenministerien unterzeichnet. Im Zentrum der „Stärkung der Zusammenarbeit im Bereich Grenz- und Einwanderungsmanagement“ stehen finanzielle und logistische Erleichterungen für Abschiebungen nach Gambia und die Stärkung der Grenzen. Erst Anfang Dezember 2022 hatte der Europäische Rat eine Steuer von 120 Euro auf alle Visa erhoben, die gambischen Staatsbürger*innen, die älter als zwölf Jahre sind, für die Einreise nach Europa ausgestellt wurden; und in den ersten beiden Monaten des Jahres 2023 erreichte die Anzahl gambischer Staatsangehöriger, die aus Abschiebehaftzentren in Italien (CPR) abgeschoben werden, wieder das Rekordniveau des Jahres 2019.

Europäische Politik

Die am 20. Dezember erzielte politische Einigung zum **Gemeinsame Asyl und Migrationssystem (GEAS)** der EU sieht die Annahme des Vorschlags für fünf Schlüsselverordnungen vor: Screening, Eurodac, Asylverfahren, Migrations- und Asylmanagement, Krise und höhere Gewalt. **Die Mauern um den Europäischen Kontinent werden mit der Verabschiedung der neuen Regelungen noch höher gebaut und die Bewegungen der Migration weiter kriminalisiert** werden. Trotz der Einführung eines „obligatorischen Solidaritätsmechanismus“ für bis zu 30.000 umzusiedelnde Personen, einigten sich die EU-Mitgliedsstaaten letztlich doch auf die Aufrechterhaltung des Dublin-Regimes. Grundsätzlich kann nun auch [allen Geflüchteten in Zukunft an der Grenze](#) ein Grenzverfahren drohen, in dem es hauptsächlich über die Zulässigkeit des Asylantrags entschieden wird – ohne inhaltliche Prüfung ihrer Schutzgründe.



Den italienischen Staat könnten sie jedoch in eine schwierige Situation bringen, wie [Giovanna Cavallo](#) vom Forum per cambiare l'ordine delle cose („Forum zur Änderung der Ordnung der Dinge“), einem Graswurzelnetzwerk dutzender Städte, erklärt. Das Forum hat mit Ankunftsdaten der letzten Jahre simuliert, wie sich die neuen Verordnungen auf Italien auswirken könnten, beginnend im Jahr 2016, als 181.436 Menschen über See in Italien ankamen.

„Nach den Daten des UNHCR gehören nur 23.373 Menschen zu den Ländern – Eritrea, Irak, Syrien –, die eine Anerkennungsquote von mehr als 75 Prozent haben. Und nur diese Menschen hätten nach dem neuen Pakt einen normalen Zugang zum Asylverfahren. Der Rest – 158.063 Personen – hätte sich dem Grenzverfahren, dem Aufenthalt in Hotspots und Rückführungszentren stellen müssen“. Diese (geschlossenen) Zentren – die wiederholt vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt und von der italienischen Justiz gerügt wurden – hätten, so Cavallo, derzeit eine Kapazität von 2.000 bis 3.000 Plätzen, doch mit den Zahlen der letzten Jahre hätte Italien 60.000 bis 70.000 Menschen an den Grenzen festhalten müssen, um ihre Zulässigkeit für das europäische Hoheitsgebiet zu prüfen. Eine „außergewöhnliche Verletzung der Menschenrechte“, ein undurchführbares Szenario und „ein Verfahren, das Italien bereits versucht hat

einzuführen und das von der Justiz gerügt wurde“, so Giovanna Cavallo.

Ein [offener Brief](#) mit mehr als **200 Unterschriften** von Expert*innen aus ganz Europa und der Aufruf von Forum per Cambiare l'Ordine delle Cose, Coordinamento Nazionale Comunità di Accoglienza, Rivolti ai Balcani, Europasilo, Italy must act, Refugees Welcome Italia, Mediterranea Saving Humans, Recosol und Stop Border Violence fordern die italienischen Abgeordneten und Parlamentarier*innen auf, **nicht abzustimmen**, „um Europa und dem Parlament das Zepher einer Souveränität zurückzugeben, die nun verloren gegangen ist“.

Situation der Geflüchteten

Abschiebehafzentren (CPR)

Für den italienischen Innenminister [Matteo Piantedosi](#) liegt der Ursprung für die desolaten Zustände in den italienischen CPRs in den Revolten der Migrant*innen selbst. „Sehr oft befinden die CPR sich nicht in einem optimalen Zustand, weil die Menschen, die sich in ihnen aufhalten, Vandalismus betreiben“, äußerte sich Piantedosi. Die Schuld auf die inhaftierten Migrant*innen zu schieben ist angesichts der katastrophalen und inhumanen Zustände in den Abschiebehafzentren fatal.

Erst Anfang Februar besuchte eine Abgeordnete der Demokratischen Partei das **CPR in Trapani**, um die Haftbedingungen eines Insassen zu überprüfen, für den der [Europäische Gerichtshof für Menschenrechte \(EGMR\)](#) angemessene Bedingungen gefordert hatte. Ein weiteres Augenmerk legten die Menschenrechtler*innen des EGMR auf die Missstände während der Haftzeit von [Ousmane Sylla](#), der sich später im **römischen CPR di Ponte Galeria** das Leben nahm. Immer wieder kam es im CPR von Trapani zu [Revolten](#): wegen repressiven Maßnahmen der Polizei und des Ordnungsdienstes, wegen drohenden Abschiebungen von Tunesier*innen, wegen der prekären Haftbedingungen und der Missachtung fundamentaler Rechten der inhaftierten Migrant*innen. Erst nach den [letzten Revolten](#) im **CPR in Trapani** wurden medizinische Fälle und [unberechtigt](#) inhaftierte Migrant*innen (die einen Asylantrag gestellt hatten) in andere Einrichtungen verlegt. Am [23. und 24. Januar 2024](#) hatten

Inhaftierte im CPR protestiert und Gegenstände angezündet.



Ehemalige Abschiebehaf Serraino Vulpitta, Trapani

Die Polizei ging mit Tränengas und Wasserwerfern gegen die Protestierenden vor. Dabei wurden Bewohner verletzt. Für die Zeit der Reparaturarbeiten wurden die meisten Inhaftierten in andere Landesteile verlegt und das CPR vorübergehend geschlossen. [Angehörige](#) der Migrant*innen, die zuletzt aus Sfax losfuhren und seitdem auf dem Mittelmeer vermisst werden, haben ihre Solidarität mit den Protestierenden ausgedrückt. Sie fordern ein Ende der Folter und der rassistischen Diskriminierung der jungen Tunesier*innen. Sie kritisierten sowohl die italienischen Behörden als auch Europäische Union und die tunesische Regierung in ihrem Umgang mit schutzsuchenden Menschen.

In der [gemeinsamen Erklärung „Zwischen den Trümmern des Abschiebezentrums von Trapani-Milo: Stimmen aus einer unwürdigen Haft, während der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Italien verurteilt“](#) haben verschiedene Organisationen das Geschehen um die Revolte im Januar in der Abschiebehaf von Trapani-Milo rekonstruiert: „Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat die italienische Regierung aufgefordert, eine unter entwürdigenden Bedingungen inhaftierte Person sofort aus der Abschiebehaf Trapani zu verlegen. Dieses Urteil bezieht sich auf die Geschehnisse der letzten Januarwoche in der Haft. Aufgrund der Stimmen der inhaftierten Personen erachten wir es für wichtig, diese Geschehnisse zu rekonstruieren und zu verbreiten“. Über die Situation im

Abschiebegefängnis in Trapani haben wir bereits im Scirocco 02/2024 berichtet.

Eine andere [Delegation aus Parlamentarier*innen](#) besuchte das **CPR in Caltanissetta**. Auch hier werden Migrant*innen unter katastrophalen Bedingungen festgehalten. In einem Video, das an das Netzwerk [Melting Pot](#) gesendet wurde, werden die unmenschlichen Haftbedingungen deutlich: von Bränden zerstörte Umgebungen, auf dem Boden liegende Matratzen, verdreckte Gänge und Zimmer und Toiletten aus Wasserkanistern. „Seht, wie sie uns behandeln... Seht euch die Spuren von Schlägen und Folter an... Seht, wo wir hier leben: das ist Caltanissetta, das ist Italien, das ist Sizilien“, erklärte eine Stimme in dem Video.



Auch im **CPR di Ponte Galeria in Rom** sind die [Lebensbedingungen](#) schrecklich, viele Insassen sind psychologisch und physisch angeschlagen. Zum Todesfall von [Wissem Ben Abdel Latif](#), der 2021 im CPR di Ponte Galeria in Rom verstarb, nachdem er dort für 100 Stunden ans Bett gefesselt war, gibt es inzwischen Neuigkeiten: der damalige Leiter der psychiatrischen Einrichtung, in die Wissem gebracht worden war, wurde nun befördert. Das Komitee, das

die Wahrheit über den Tod des damals 26-jährigen Tunesiers fordert, protestiert: „Die Erinnerung wird mit Füßen getreten“.

Während der Protestaktionen im **CPR in Milano** – dort hatten [Migrant*innen](#) nach der Übernahme der Einrichtung durch die Kommune halbnackt und im Regen gegen die Haftbedingungen, die mangelnde medizinische Versorgung und das [ungenießbare Essen](#) protestiert – wurden zwei Migranten von der Finanzpolizei brutal zusammengeschlagen. Auf Anweisung der Präfektur wurde dem Mailänder Stadtrat der Zugang zum CPR verweigert. Später durften zwei Anwält*innen und ein Arzt der Vereinigung Naga und des Netzwerks Mai più lager in Begleitung des regionalen Vizepräsidenten der Gefängniskommission, der die Pflicht und das Recht hat, die Bedingungen vor Ort zu kontrollieren, das CPR betreten. Allein seit Januar 2024 wurden 34 Personen wegen schweren Verletzungen mit dem Krankenwagen in die Notaufnahme gebracht. Bestätigt wurde auch die massive Verabreichung von Beruhigungsmitteln, insbesondere Valium, manchmal in Kombination mit Tavor, zahlreiche Hautausschläge und die Unterlassung von medizinischer Hilfe für eine Person, die eine Shampooflasche verschluckt hatte und eine offensichtliche Gefahr des Erstickens bestand. [Teresa Florio](#) von Mai più lager berichtete nach dem Besuch des Lagers, dass „wir heute eine weitere Bestätigung dafür erhalten haben, dass diese Orte, die strukturell auf die Verweigerung der Grundrechte und der Menschenwürde ausgelegt sind, sofort geschlossen werden müssen. Das CPR, alle CPR, müssen [geschlossen](#) werden, angefangen mit dem in Mailand, einer Stadt, die es nicht länger dulden kann, dass es einen Ort gibt, an dem die Rechte außer Kraft gesetzt sind und die Undurchsichtigkeit der Verwaltung die Regel ist“.

[Irene Testa](#), die Garantin für Gefangene auf Sardinien, hat einen Appell an den Präsidenten des Komitees des Europarates zur Verhütung von Folter, Alan Mitchell, geschrieben und ihn gebeten, das **CPR von Macomer (Sardinien)** in der Provinz Nuoro zu besuchen. „Bei meinem Besuch im Macomer CPR“, so Testa, „habe ich festgestellt, dass es (...) zahlreiche und besorgniserregende kritische Punkte gibt“. In dem Abschiebegefängnis seien Menschen untergebracht, die gar nicht dort sein müssten; es

gäbe nichts zu tun und sie seien sich selbst überlassen; sie dürften ihr Handy nicht benutzen und könnten daher ihre Verwandten nicht erreichen. „Die Erhöhung der Aufenthaltsdauer auf bis zu 18 Monate für Menschen, die keine Straftat begangen haben und unter schlechteren Bedingungen als in einem Gefängnis festgehalten werden, ist offen gesagt inakzeptabel“.

Anfang Februar haben außerdem etwa ein Dutzend Menschen gegen die Bedingungen des **CPR in Gradisca d'Isonzo** (Friaul-Julisch-Venetien) protestiert. Dabei ist eine Person vom Dach gefallen und musste per Hubschrauber ins Krankenhaus Santa Maria del Misericordia in Udine gebracht werden. „Das jüngste Wiederaufflammen der Spannungen“, so die PD-Abgeordnete **Debora Serracchiani**, „das in einem schwer verletzten Ausländer gipfelte, ist ein weiteres Alarmsignal für die grenzwertigen Bedingungen im CPR von Gradisca d'Isonzo, einer Einrichtung, die heute mit Hunderten von Personen gegenüber einer Kapazität von 250 ständig überfüllt ist.“

Freispruch für unschuldig als „boat driver“ inhaftierten Geflüchteten aus Syrien

Shami Mohamed war 21 Jahre alt, als er im Mai 2022 mit einem Boot voller Menschen aus Syrien in Roccella Jonica ankam. Über die Türkei ist er nach Italien geflohen und wurde nach seiner Ankunft von anderen Migrant*innen fälschlicherweise als boat driver (Bootsführer) angezeigt, weil er Arabisch und Türkisch spricht und während der Überfahrt dolmetschen konnte. Daraufhin wurde er zu vier Jahren und sechs Monaten verurteilt. Nach zwei Jahren Haft wurde er nun freigesprochen.

Französisch-italienische Grenze bei Ventimiglia

In den letzten Monaten wurden **weniger Pushbacks** am Grenzübergang zwischen Frankreich und Italien berichtet. Nach fast neun Jahren hat Frankreich die systematischen Zurückweisungen beendet und damit eine unerwartete Rückkehr zur Einhaltung der EU-Einwanderungsvorschriften eingeleitet. Diese Entscheidung geht auf ein **Urteil des Europäischen Gerichtshofs** zurück, der im September 2023 die Pushbacks verurteilt hatte. Daraufhin hat Frankreich den Artikel, der die Ausnahmeregelung des "Refus d'entrée", der direkten und kollektiven Zurückweisung in Abweichung von allen

Gemeinschaftsvorschriften und internationalen Übereinkommen festlegte, aufgehoben. In den ersten 15 Tagen des Februars gab es ein Fünftel der im Januar beobachteten Zurückweisungen", berichtet **Jacopo Colomba** von WeWorld. Zudem würden die meisten der identifizierten Personen auf französischem Staatsgebiet freigelassen, einige – v.a. Eritreer*innen und Sudanese*innen – wurden sogar eingeladen, sich bei der "Pada" (den Aufnahme- und Asylantragsplattformen in Nizza und Marseille) zu melden, um ihren Status zu regulieren. Es ist die **banale Einhaltung von Vorschriften, die nach fast einem Jahrzehnt des Rechtsmissbrauchs zu einer Neuigkeit wird**. „Die Situation ist noch sehr jung und völlig neu“, erklärt Jacopo Colomba, „wir müssen mehr Informationen sammeln, um zu verstehen, ob das, was wir erleben, eine endgültige Veränderung ist oder (wie wir befürchten) nur eine Phase der "Umstrukturierung" des französischen Ablehnungssystems, von dem die transalpine Regierung immer behauptet hat, es stärken zu wollen. Um die Entwicklung konkret beurteilen zu können, muss der für das Frühjahr erwartete Anstieg der Migrationsbewegung abgewartet werden“.

Aktivist*innen des Kollektivs Briançon Solidarité Exil haben auf der französischen Seite der Grenze ein **Denkmal** aufgestellt, um an die **12 Menschen** erinnern, die seit 2018 an der französisch-italienischen Grenze zwischen Oulx und Briançon gestorben sind und vermisst werden. „Sie bekämpfen weder den Terrorismus noch die illegale Einwanderung, wie Sie gerne behaupten, Sie zerstören einfach Leben und Familien. In Europa und Frankreich kommen immer wieder Menschen ums Leben, weil man sie daran hindert, sich frei zu bewegen. **Schämen Sie sich für den französischen Staat und seine mörderische Grenzpolitik**“, schreibt das Kollektiv und **fordert**, dass die Namen "derjenigen, die Opfer politischer Entscheidungen sind, die Frankreich und Europa zu einer mörderischen und ausgrenzenden Festung machen", nicht vergessen werden.

Slowenisch-italienische Grenze (Balkanroute)

Die Notsituation von Migrant*innen auf der Balkanroute will nicht enden. Immer mehr Menschen bauen in den **Silos von Triest**, einem notorisch verlassenem und baufälligen Gebäude in der Nähe des Bahnhofs von Triest, notdürftige

Schlafplätze aus Zelten und anderen Materialien, weil sie keinen Platz in der Aufnahmeeinrichtung finden. „Wir sind gezwungen, hier zwischen Bränden und Hütten zu bleiben: **Es gibt keinen Platz für uns**“, berichten Betroffene. Aktuell schlafen etwa 170 Menschen in den Silos in Triest, im Durchschnitt befinden sich dort 300 Menschen. Die Situation in den Silos sei ein „**konstruierter Notfall**“, erklärte [Gianfranco Schiavone](#), Präsident des Italienischen Solidaritätskonsortiums (ICS) auf einer vom Trieste Press Club veranstalteten Veranstaltung. "Die Zahl der Ankommenden in Triest bleibt sehr bescheiden, im Durchschnitt sind es vier Personen pro Tag", so Schiavone weiter. Während des Treffens unterstrichen die migrantischen Solidaritätsverbände die Gefährlichkeit des Silos selbst, da es sich um ein unsicheres Gebäude handelt und die sanitären Bedingungen prekär sind. Bedingungen, für die nach Ansicht der Verbände die oberste Leitung der Stadtverwaltung von Triest verantwortlich ist.

In dieser Kurzdokumentation begleitet [Elena Testi](#) die etwa 300 Migrant*innen aus Bangladesch, Pakistan und Afghanistan, die in einem verlassenen Gebäude in Triest wohnen. „Dramatische hygienische Bedingungen, es ist kalt und es besteht Brandgefahr: **In der Nacht wimmelt es hier von Ratten, sie beißen uns**". Über die Situation auf der Balkanroute berichteten wir in den [vorherigen Ausgaben](#) des Sciroccos.

Libyen aus auf den Weg nach Europa gemacht hatten. Im Falle einer Verurteilung drohen ihnen jeweils bis zu 20 Jahre Haft. Insgesamt sind 21 Personen, unter anderem von Ärzte ohne Grenzen, Save the Children und der Iuventa, sowie die Reederei Vroon angeklagt. Vor dem Gericht in Trapani wird somit auch die Kriminalisierung der Solidarität und der Ausübung von Menschenrechten verhandelt.

Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie unter „Projekte“ auf unserer [Homepage](#), in den vorherigen Ausgaben des [Scirocco](#) sowie in unserem [Streiflicht „Zonen der Rechtlosigkeit“](#).

Kontakt

[borderline-europe](#)

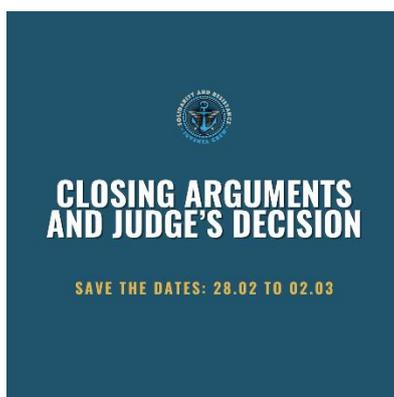
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.

<https://www.borderline-europe.de/>

italia@borderline-europe.de

Der Scirocco erscheint im Jahr 2024 mit freundlicher Unterstützung der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKIR)

Titelfoto: Wolfgang Hasselmann, unplash



Save the date !

Zwischen dem 28. Februar und dem 2. März finden in Trapani (Sizilien) die letzten **Vorverhandlungen des Iuventa-Prozesses** statt, an deren Ende das Gericht entscheiden wird,

ob es einen Gerichtsprozess geben oder das Verfahren eingestellt wird. Das Verfahren läuft mittlerweile [seit fast sieben Jahren](#). Die vier Angeklagten der Iuventa-Crew trugen zur Rettung von mehr als 14.000 Menschen bei, die sich von